

## Entwurf

Rede des Landesvorsitzenden der GEW Hessen, Jochen Nagel anlässlich der Kundgebung am 28. Juni 2006 in Wiesbaden

- Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Ist es nicht absurd?

In dem Land, das angeblich zum Bildungsland Nr.1 gemacht werden sollte, stehen wir heute auf diesem Platz, um für das Recht auf Bildung zu demonstrieren. Ein Recht auf qualifizierte, professionelle und gebührenfreie Bildungsangebote.

Stellen wir uns einmal vor, einer oder eine von uns hat eine Blinddarmentzündung, geht ins Krankenhaus und soll dort von jemandem behandelt werden, der sagt: von den ausgebildeten Ärztinnen und Ärzten ist gerade niemand da, aber ich habe mich schon immer für Medizin interessiert und werde sie jetzt operieren.

Stellen wir uns einmal vor, jemand von uns bringt sein Auto in die Werkstatt, um die Bremsen reparieren zu lassen und bekommt im Büro gesagt: der Meister und die ausgebildeten Kräfte sind leider nicht da, aber wir haben da jemanden, der hat schon zweimal bei uns Praktikum gemacht, der wird das schon erledigen.

Ich denke, wir würden in beiden Fällen auf der Stelle umkehren. Aber die Schülerinnen und Schüler können dies nicht. Sie werden mit dem Etikettenschwindel **Unterrichtsgarantie plus** zum Experimentierfeld der Landesregierung gemacht, sie müssen es ausbaden und die Konsequenzen tragen, wenn MP Koch und KM Wolff Unterricht nach dem Billigheimermodell einführen.

Was ist eigentlich, wenn z.B. in diesem so genannten Unterricht Fehler gemacht werden, die die Schülerinnen und Schüler im nächsten Test so übernehmen. Wer muss die Konsequenzen tragen – natürlich die Schülerinnen und Schüler.

Was ist eigentlich, wenn....? Was ist eigentlich, wenn .....? Was ist eigentlich, wenn ...? Viele, viele Fragen, die in diesem Zusammenhang der Kultusministerin gestellt wurden und die sie in der Regel nicht oder nur ausweichend beantwortet hat.

Gerade gestern erst erhielt ich per mail die Information, (siehe Anlage) .....

Ich sage: dies ist mehr als unverantwortlicher Umgang mit den Schülerinnen und Schülern in unserem Land, und dagegen werden wir uns auch weiterhin zur Wehr setzen. Wir bleiben am Ball, auch wenn die Landesregierung weiterhin nicht die Realitäten anerkennen und stattdessen mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit im Landtag, die sie gerade mal knapp 30,8% der Wahlberechtigten verdankt, noch so viele Gesetze ändert.

Wir wollen garantierten qualifizierten und professionellen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler. Wir wollen, dass bei allen Lehrkräften im Rahmen ihrer Pflichtstundenregelung 10% als Bereitschaftsstunden ausgewiesen werden. So kann guter Vertretungsunterricht gesichert werden, weil die Lehrkräfte dann in aller Regel in den Klassen einsetzbar sind, die sie kennen und mit denen sie qualifiziert an den Inhalten weiter arbeiten können.

In der Tat: dies kostet Geld. Mit etwa 250 Millionen Euro müsste man rechnen. Aber dieses Geld sind wir den Kindern und Jugendlichen schuldig, von denen immer mehr in den Schulen erwartet wird. Und ich sage es auch ganz klar: dies wäre die Alternative zu einer Politik, die die Reichen und Vermögenden in diesem Land immer mehr ihrer Steuerpflicht enthebt. Es ist die Politik für ein soziales Hessen, in dem Bildung wirklich Vorrang hat.

Und wenn wir beim Geld sind, sind wir sofort auch beim Thema **Studiengebühren**. Das Programm des sozialen Kahlschlags, mit dem Ministerpräsident Koch 2003

- bei den sozialen Initiativen
- bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

und

- bei den Studierenden, damals in Form von Langzeitstudiengebühren, rund eine Milliarde Euro abkassiert hat, wird stringent fortgeführt. Jetzt sollen alle Studierenden zahlen, den Lehrenden an den Hochschulen soll gleichzeitig die Lehrverpflichtung drastisch erhöht werden. Dies ist programmierter Qualitätsabbau und programmierte Ausgrenzung der sowieso schon sozial Benachteiligten.

Statt das in der Hessischen Verfassung verbrieftete Recht auf Gebührenfreiheit durch eine entsprechende Steuerpolitik auf der Einnahmenseite qualifiziert abzusichern, plant Ministerpräsident Koch diese Verfassung auszuhöhlen. Die Umwandlung eines demokratischen Sozialstaats, in dem den Bürgerinnen und Bürgern als solchen grundlegende Teilhaberechte zustehen, in einen Gebührenstaat, bei dem das Teilhaberecht nur noch für diejenigen gewährleistet wird, die die Gebühren zahlen können, wird forciert.

Roland Koch spricht so gerne vom Konzern, manchmal gar vom Großkonzern Hessen. Und was gelten in einem Konzern schon Grundrechte. Um solche geht es nicht dann mehr. Den Studierenden, die heute kaum wirkliche demokratische Gestaltungsmöglichkeiten in den Universitäten haben, wird stattdessen als Anreiz geboten, in die Rolle von Kundinnen und Kunden zu schlüpfen. Man hoffte wohl, dass sie sich dann - in Ableitung aus dem Spruch vom Kunden als König – alle als Königinnen und Könige fühlen und ihren Widerstand gegen diese Politik des Abkassierens bei den sozial Schwächeren und des Demokratie- und Staatsabbaus aufgeben.

Weit gefehlt: die Studierenden sind auf diesen faulen Trick nicht hereingefallen. Sie demonstrieren jetzt bereits seit Monaten gegen die weitere Ausweitung von Studiengebühren und sie hatten dafür in der Vergangenheit unserer volle Unterstützung und Solidarität und sie werden diese auch in Zukunft haben. Gemeinsam werden wir uns auch weiterhin gegen diese Politik des Demokratie-, Sozial- und Bildungsabbaus stellen. Wir wollen gebührenfreie öffentliche Bildung von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen, wir wollen die grundlegende Sicherung demokratischer und sozialer Rechte.

Ich komme zum Schluss und damit auch zu einer aktuellen Äußerung des Innenministers Bouffier. Hat er doch die GEW aufgefordert: „ihr Verhältnis zum demokratischen Staat Bundesrepublik Deutschland zu überprüfen.“

Hierzu sage ich ganz deutlich: nicht diejenigen, die sich mit kritischen Äußerungen und pointierten Aussagen an die gesellschaftliche Öffentlichkeit wenden, haben Nachholbedarf in Sachen Demokratie, sondern diejenigen,

- die mit Einschüchterungen und Disziplinierungen drohen, wenn Lehrkräfte und Schulleitungen auch öffentlich auf kritische Punkte hinweisen
- die Gesetze nach Gutdünken ändern

- die kritische Publikationen und Äußerungen geradezu verbieten oder tabuisieren und die
- den demokratischen Staat Hessen in einen Großkonzern umwandeln wollen.

Wenn sich die CDU und die Landesregierung nicht endlich eines Besseren besinnen, ist ganz klar:

Wir werden weitermachen! Wir werden weiterhin für ein demokratisches, soziales und weltoffenes Hessen eintreten, die falsche Politik der Landesregierung kritisieren und auch weiterhin demonstrieren.

Ich danke Euch